



Positionspapier der Selbstvertretung wohnungsloser Menschen e.V. in Bezug auf die Mobilität wohnungsloser Menschen

Wer wir sind

Die Selbstvertretung wohnungsloser Menschen hat sich im Verlauf der Wohnungslosentreffen in Freistatt und Herzogsägmühle 2019 als Verein zusammengeschlossen, um die Interessen von obdachlosen, wohnungslosen und ehemals wohnungslosen Menschen in Deutschland zu vertreten. Wir fördern die Selbstorganisation, Selbstvertretung und Selbsthilfe wohnungsloser, von Wohnungslosigkeit bedrohter und ehemals wohnungsloser Menschen. Wir setzen uns für die Verbesserung konkreter Lebenssituationen von wohnungslosen, ehemals wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen ein.

Ausgangslage

Woran denken Sie beim 9-Euro-Ticket?

An Chaos am Bahnsteig?

An einen guten Anreiz, um das Auto mal stehen zu lassen?

An überfüllte Regionalbahnen?

Oder vielleicht an schöne Ausflüge ins Grüne
und Sommerurlaub in Deutschland?

Woran Sie vermutlich nicht denken:

An wohnungslose und armutsbetroffene Menschen,
die sich dank dieses Tickets für drei Monate mal nicht entscheiden mussten,
ob ihnen ihre Mobilität eine Strafe wert ist.

Von den rund 420.000 wohnungslosen Menschen in Deutschland - so Schätzungen für das Jahr 2020 der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe - verbüßen bis zu 2.000 Menschen pro Jahr sogenannte Ersatzfreiheitsstrafen wegen Fahrens ohne Fahrschein im öffentlichen Nahverkehr.

Das heißt, diese Personen können sich meist weder Fahrtickets noch die infolge des Fahrens ohne Fahrschein erhobenen Geldstrafen leisten – und „bezahlen“ mit ihrer Freiheit.

Doch das (Über-)Leben auf der Straße erfordert eine hohe Mobilität: von der Duschgelegenheit über Angebote der medizinischen Versorgung weiter zu Lebensmittel- und Kleiderausgabe.

Dafür müssen meist große Strecken überwunden werden.

Wohnungslose Menschen sind aufgrund mangelnder sozialer Orte auch auf öffentliche Räume angewiesen, um sich dort aufzuhalten und/oder Geld zu verdienen, z.B. durch das Sammeln von Pfandflaschen und den Verkauf von Zeitungen. Im Winter sind das vor allem Orte des öffentlichen Nahverkehrs, S- und U-Bahn-Stationen, Eingänge und Luftschächte. Hier ist es halbwegs warm und geschützt.

Der wohnungslose Mensch, der als solcher zu erkennen ist, wird als Schmutzpartikel im öffentlichen Raum angesehen und ist aus Sicht der städtischen Interessengruppen zu entfernen.

Hier prallen scheinbar unvereinbare Interessen aufeinander. Einmal das tägliche Überleben von wohnungslosen Menschen und andererseits das Interesse eine sichere und saubere Stadt zu haben. Diese Interessengegensätze kann man auflösen, wenn es Angebote gibt, die den täglichen Überlebenskampf erleichtern.





Wie Du und ich.

Selbstvertretung wohnungsloser Menschen e.V.

Das 9-€-Ticket war so ein Angebot. Plötzlich waren Menschen ohne Wohnung in der Lage, ihre sozialen und auch familiären Kontakte in anderen Städten und Ortschaften wiederaufzunehmen und damit eine gewisse Rückkehr in ihr soziales Umfeld zu erreichen.

Auch einfach mal raus, den Stadtteil verlassen, mal was Anderes sehen, was für den normalen Bürger selbstverständlich ist. Auch in die Lage versetzt zu werden, an kulturellen Veranstaltungen teilzunehmen, die erschwinglich sind aber weiter entfernt.

Und dass Alles, ohne entscheiden zu müssen, esse ich oder fahre ich?
Oder esse ich und riskiere, beim Schwarzfahren erwischt zu werden.

Wir fordern

- ÖPNV, kostenloser öffentlicher Nahverkehr für Menschen ohne festen Wohnsitz
- die Änderung der Haus- und Nutzungsordnung von ÖPNV und Bahn, insb. die Abschaffung des Verbotes des bloßen Verweilens, ohne Absicht, die Fahrt anzutreten
- verpflichtende Sensibilisierungstrainings im Umgang mit wohnungslosen Menschen für Angestellte und das Sicherheitspersonal der Verkehrsbetriebe und deren Subunternehmen
- Fahren ohne Fahrschein muss entkriminalisiert werden. Schwarzfahren darf kein Straftatbestand mehr sein.

Für den Vorstand der Selbstvertretung wohnungsloser Menschen e.V.

Uwe Eger

Corinna Lenhart

Lutz Schmidt

Ein ergänzender Hinweis zum Nachdenken

Die Initiative **Freiheitsfonds.de** befreit bundesweit Menschen, die wegen Fahren ohne Fahrschein im Gefängnis sitzen. Das waren bis Mitte 2024 etwa 7.000 Menschen.

Die Initiative **Freiheitsfonds.de** fordert:

- Fahren ohne Fahrschein muss entkriminalisiert werden.
- Schwarzfahren darf kein Straftatbestand mehr sein.

Anfang August 2024 hat diese Initiative durch den Einsatz von **933.061,- Euro an Spendengeldern** Bisher **1.058 Personen freigekauft**, die wegen Schwarzfahrens im Gefängnis saßen.

195 Haftjahre wurden so aufgelöst und dem Staat wurden etwa **15,2 Millionen Euro** Ausgaben an Steuergeldern erspart – jeder dieser Gefangenen hätte für jeden seiner restlichen Haft-Tage etwa 125,- bis 220,- Euro verursacht (je nach Bundesland und Alter der Haftanstalt), die dann zuletzt alle Steuer zahlende Bürgerinnen und Bürger tragen müssen.

Auch immer mehr Gefängnisleitungen sagen: **Schwarzfahrer gehören nicht ins Gefängnis!**

Stand Aug. 2024 (b)

